

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1988.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Sebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altbau.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 35,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 105,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 2,- M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Nonpareilzeile 9,00 M., Familienanzeigen 6,50 M., die 3-spaltige Reklamezeile 35,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabengemäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Vorfriederlegung 2 M.

Nr. 166

Dresden, Mittwoch den 19. Juli 1922

33. Jahrg.

Die Einheitsfront der Arbeiterschaft

An unsre Mitglieder!

Zum Schutze der Republik hatten wir euch aufgerufen, als der Mord an Rathenau die Größe und Nähe der monarchistischen Gefahr enthüllte. Vereint seid ihr gekommen und habt in gewaltigen Kundgebungen eure Kampfschloffenheit gezeigt.

Die Einheitsfront

Der Arbeiter, Angestellte und Beamten ist zur großen und weitbin wirkenden Tatsache geworden. Sie muß dauern, geschlossen und stärker werden bis zur unauflösbaren Vereinigung des gesamten kämpfenden Proletariats! Von diesem Geiste der Solidarität, von diesem Willen zur Einigung erfüllt, haben eure Organisationen gemeinsam gearbeitet und vereint werden sie den Kampf fortführen.

Die erste Phase dieses Kampfes ist jetzt vorüber. Unsrere Forderungen zum Schutze der Republik haben Regierung und Reichstag beschäftigt. Die Gesetze sind mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet. Nicht alles, was wir wollten, ist erreicht. Noch besteht in dem Industriestaat Deutschland der Reichstag eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit, und stark war ihr Strauben gegen durchgreifendere Maßnahmen. Nur der Geschlossenheit eures Auftretens sind Erfolge zu verdanken und Wichtiges ist trotz allem erzielt worden.

Das Gesetz zum Schutze der Republik

Bekraftigt die Zugehörigkeit zu geheimen Vorkriegsorganisationen mit dem Tode; schwere Strafe trifft Gewalttäter gegen die Republik und wehrt dem gefährlichen Kampfe gegen ihre Einrichtungen und Symbole.

Ein Staatsgerichtshof

Ist gebildet, in dem keine Monarchisten und Nationalisten sitzen. Von diesem Gerichtshof darf das Volk erwarten, daß er ohne politische Voreingenommenheit Recht spricht.

Das Gesetz über die Reichskriminalpolizei

Bedeutet den Anfang einer Reichs-Exekutive und macht die Verfolgung auch der monarchistischen Verbrecher einigermaßen unabhängig vom dem mangelnden Eifer oder dem bösen Willen einzelner Landesbehörden.

Das Beamtengesetz

gestattet ein energisches Vorgehen gegen monarchistische und reaktionäre Beamtenschaft der deutschen Republik.

Das Amnestiegesetz

gibt zahlreichen Arbeitern und Angestellten, die sich in den Fängen des Strafgesetzbuchs versangen haben oder Opfer der Klassenjustiz geworden sind, die Freiheit zurück.

Freilich, unsre Forderungen sind nicht restlos erfüllt. Schmerz bewegt uns, weil die politischen Gefangenen in Bayern der Freiheit auch jetzt nicht teilhaftig werden. Die bayerische Regierung verweigert ihre Freilassung aus Furcht vor dem monarchistischen Straßenterror. Die bürgerlichen Parteien im Reichstag sind vor der bayerischen Regierung schamhaft zurückgewichen. Auch die verurteilten Eisenbahner sind von der gesetzlichen Amnestierung ausgeschlossen. Eine Entschließung des Reichstags und eine Erklärung der Regierung sichert ihnen weitgehende Milde zu. Was an uns liegt, wird geschehen, um das Versprechen zur Erfüllung zu bringen.

Trotz allen Mängeln im einzelnen bedeuten

die Gesetze in ihrer Gesamtheit

eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande. Die Republik kann jetzt mit Recht stolz sein, ihre Gegner können lahmgelegt werden, wenn die Regierung Mut, Energie, Entschlossenheit und Zähigkeit beweist. Die Gesetze sind da, jetzt kommt alles auf die Ausführung an.

Deshalb hatten sich

die sozialdemokratischen Parteien

bereit erklärt, die Sicherheit der Durchführung der Gesetze gegen die monarchistische Verschwörung zu steigern. Sie waren bereit, einer Regierung der entschiedenen Verteidigung der Republik eine feste republikanische Mehrheit zu sichern und zugleich den

sozialistischen Einfluß in der Regierung zu stärken. Nachdem die Gesetzgebung ihre Aufgabe zum Teil erfüllt hatte, sollte eine starke entschiedene republikanische Regierung ihre Pflicht erfüllen. Dagegen erhoben sich in

jähem Widerstand alle bürgerlichen Parteien.

Sie fürchteten den erklärten Einfluß der zusammengeschlossenen, vereint kämpfenden Arbeiterklasse. Sie stellten der Erweiterung der Regierung durch Eintritt der Unabhängigen die Forderung der gleichzeitigen Aufnahme der Volkspartei entgegen.

Die Antwort der sozialdemokratischen Parteien war, wie sie sein mußte, größere Geschlossenheit.

Bildung der Arbeitsgemeinschaft

der sozialdemokratischen Fraktionen. Aber der Widerstand der bürgerlichen Parteien blieb bestehen, die Frage der Auflösung des Reichstags stand damit zur Entscheidung.

Erst und eingehend, unsrer Verantwortung voll bewußt, haben wir die Frage geprüft. Auflösung des Reichstags bedeutete Verzögerung der Gesetze zum Schutze der Republik. Uns stand ihre Verabschiedung höher.

Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschwerung der dringenden Lösungen der Reparationsfrage, sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz der Mark beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterschaft besonders geschädigt. Deshalb haben wir dieses Mittel nicht angewandt.

Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort! Für ihn zu rufen, ist jetzt wichtigste Aufgabe, ernsteste Pflicht.

Was wir erreicht haben, danken wir unsrer Geschlossenheit, unsrer Einigkeit. Nur die Einigkeit der Arbeiterklasse sichert die Republik, den besten Kampfplatz für die Durchsetzung des Sozialismus.

Das Werk der Einigung ist begonnen. Es muß vollendet werden!

Berlin, den 19. Juli 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner Deutscher Angestelltenbund.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die deutschnationalen Mörderfreunde

Die Rathenau-Mörder haben sich auf der Burg Saaleck durch Selbstmord das Leben genommen; sie waren zu feige, ihre Tat vor Gericht zu verantworten und sich dazu zu bekennen.

Zur Vorgeschichte der Ermittlung des Aufenthaltsortes erfahren wir noch folgendes: Kern und Fischer hielten sich seit Ende der vergangenen Woche in der Burg Saaleck auf, die von einem Schriftsteller Dr. Stein gemietet war. Stein hat den einen Turm der Ruine erst vor kurzer Zeit als Wohnung einrichten lassen. Es besteht der dringende Verdacht, daß diese Einrichtung lediglich zur Unterbringung von Mördern und sonstiger politisch Verfolgter vorgenommen wurde. Der Mörder selbst ist Parteisekretär der deutschnationalen Partei und Vertrauensmann einer böhmischen Studenten-Gruppe, die auf Saaleck allwöchentlich ihre Zusammenkünfte abhielt. Stein nebst Frau wurden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Naumburg am Dienstag vormittag 9 Uhr, als sie nach zweitägiger Abwesenheit zurückkehrten, verhaftet und nach dem Gefängnis in Halle übergeführt. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Stein seine Abwesenheit zu einer Reise nach München benutzte, um dort weitere Vorbereitungen zum Abtransport der Täter aus dem mitteldeutschen Gebiet nach dem Süden zu treffen. Zwei verdächtige Personen, die ebenfalls rechtsradikalen Organisationen angehören, und sich in der Nähe der Burg Saaleck während der Aktion der Kriminalpolizei befanden, sind inzwischen verhaftet worden.

Ueber die Verhaftung des Aufenthaltsortes der Mörder übt die Staatsanwaltschaft bisher strengstes Stillschweigen, da die Polizei im Laufe der Nacht bzw. des Mittwochs noch weitere Verhaftungen von Mitwissern vornehmen wird, soweit sich während der Verhaftung neue Anhaltspunkte für eine Mitwisserschaft ergeben haben.

Kern und Fischer hatten feinerlei Papiere in ihrem Besitz. Gefunden wurden bei ihnen 3000 M., die beschlagnahmt worden sind. Ihren Tod führten sie durch einen Schuß in die Schenkel herbei. Wie uns mitgeteilt wird, trägt

die Leiche des Kern Merkmale von Schrottschüssen, die darauf schließen lassen, daß er von Polizeibeamten während der Flucht beschossen wurde.

Die Leichen der Mörder wurden am Dienstag nachmittag auf einen Friedhof in der Nähe der Burg Saaleck übergeführt. Die Beerdigung kann erst nach weiteren Verfügungen der Staatsanwaltschaft erfolgen.

Es ist sicher ebensoviele ein Zufall, daß der Besitzer der Burg Saaleck, die zum Rittergut Kreipitz gehört, jener Herr von Schönberg ist, bei dem schon im vorigen Jahre erhebliche Waffensubstanz gemacht worden konnten.

Die Ermittlungen der Berliner Polizei erstrecken sich jetzt darauf, ob noch weitere Personen der Begünstigung schuldig sind. Es wird festzustellen sein, welche Helfershelfer die Flucht Fischers und Kerns in den Tagen vom 9. bis 17. Juli unterstützt haben. In dieser Hinsicht ist folgendes bemerkenswert: Die Leiche von Kern weist in beiden Oberchenkeln halbberstelte, etwa 8 Tage alte Wunden von Schrottschüssen auf. Diejenigen, die in den 8 bis 10 Tagen mit Schrot auf verdächtige Personen geschossen haben, werden gebeten, dem Berliner Polizeipräsidenten, Abteilung Ia Mitteilung zu machen.

Die Hilfe aus München

Das B. Z. schreibt: Wäre die Entdeckung des Schlafwinkels der Mörder nur einige Stunden später erfolgt, so wären sie wieder entschlüpft, denn sie hatten bereits durch das Telefon Verbindung mit München genommen. Von dort waren schon mehrere Helfer mit Geldmitteln und falschen Pässen nach der Burg Saaleck unterwegs. Die Helfer sollten Kern und Fischer auch andre Kleidung bringen und sodann beide, aber getrennt, über die tschecho-slowakische Grenze geleiten.

Wie die Mörder entdeckt wurden

Aus Halle wird gemeldet: Am Sonnabend erschienen bei dem Kriminalinspektor Hölter, dem Leiter der Kriminalabteilung Halle, zwei junge Kaufleute, die bei einer Tour zur Audelburg die beiden Rathenaumörder, die sich hier bewegten, gesehen haben.

Wahrscheinlich haben sich die beiden Kaufleute das Signalement so gut eingeprengt, daß sie die beiden Mörder auf den ersten Blick erkannten. Bei der Kriminalpolizei Halle liefen in den letzten Tagen zahlreiche Meldungen über verdächtige Kaufleute ein, aber allen diesen Spuren wurde nicht nachgegangen, weil sie zu unwahrscheinlich waren, während die Beobachtungen der Kaufleute so sicher gehalten waren, daß Kriminalinspektor Hölter sich entschloß, einzugreifen.

Am Sonntag konnte die Aktion nicht unternommen werden, da der starke Ausflüßverkehr nach den beiden Burgen des Saaleckales das Unternehmen gefährdet hätte. Darauf rief am Sonntag Inspektor Hölter den Landrat von Saaleck in Naumburg an, daß er am Montag Morgen am ersten Zuge von Halle in Bad Kösen einen Landjäger warten lasse, der die beiden Halleischen Kriminalbeamten nach Saaleck führen solle. Die Beamten trafen mit dem ersten Zuge in Bad Kösen ein. Sie beobachteten von der Audelburg aus den Saaleckerturm und stellten fest, daß er bemohnt sei. Darauf riefen die Beamten von der Audelburg aus die Schutzpolizei Naumburg an, die sofort ein Auto mit Beamten und auch ein Postauto mit weiteren Mannschaften nach Saaleck schickten sollte. Die Beamten waren vorher in den Turm Saaleck eingedrungen, aber die Tür war verschlossen. Als das Schutzpolizeikommando eingetroffen war, konnte mit allen Sicherheitsmaßnahmen zur Verhaftung geschritten werden. Audelburg und Saaleck waren umzingelt, ein Ausweg unmöglich. Mit einem Aufschrei von Schutzpolizei brangen die zwei Halleischen Beamten in den Turm ein.

Nach den Beobachtungen wußten die beiden sich kurz vor dem Eindringen der Beamten erschossen haben, denn die Leichen waren noch warm. Der ganze Vorgang spielte sich in den Abendstunden zwischen 7 und 8 Uhr ab.

Was Lubendorff den Engländern erzählt!

Die kommunistischen Rathenaumörder

Vor einigen Tagen veröffentlichte ein Berliner Spät- abendblatt Mitteilungen über den Inhalt eines Interviews des Berliner Korrespondenten des Londoner Daily Express mit Lubendorff. Das Interview bezog sich auf die politische Urheberschaft des Rathenau-Mordes, und die Aussagen Lubendorffs hängen so merkwürdig, daß wir zunächst die Möglichkeit einer Verfälschung oder einer völlig irre-

führenden Wiedergabe in Betracht ziehen und unter Stellungnahme bis zum Eintreffen des Londoner Blattes verlagern. Der Daily Express vom 18. Juli liegt uns jetzt vor, und wir müssen mit Verwunderung und Befremden feststellen, daß die - schriftlichen - Ausführungen des Generals (falls sie her Korrespondent nicht völlig fannwidrig ins Englische über- setzt) genau so absurd sind, wie sie in jenen ersten Red- nung wiedergegeben wurden.

Der Daily Express rückt ihre Absurdität von vorn- herein ins hellste Licht, indem er dem Interview die Ueber- schrift gibt: „Kommunisten die wirklichen Mörder“. Hat das Herr Lubendorff behauptet? Er hat es wirklich behauptet. Er sagte einfach und prägnant: Die Erklärung der Ermor- dung Dr. Rathenaus liegt in der Tatsache, daß die Ermor- dung deutscher Minister vor mehr als einem Jahre von kommunistischen Organisationen beschlossen worden ist. In ernsthaften politischen Kreisen gibt es keine Mörderorgani- sationen.

Die Organisation C ist offenbar eine kommunistische Gründung, die mit Geldmitteln kommunistischer Kapitalisten finanziert wird, die Herren Schulz und Killeen sind nur irrtümlich nach Dostojewski-Linien gekleidet, während sie eigentlich zu ihren Moskauer Freunden wollten, und die Tschow und Günther isten nicht, wie man bisher annahm, rechtsradikalen Soldaten- und Jugendbünden nahe, sondern dem Kreise von Max Böls. Die amtliche und halbamtliche Kriegsberichterstattung war selbst in ihren schlimmsten Zeiten ein Meister von Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe im Vergleich mit dieser Art Lubendorffischer Berichterstattung.

Das Wiesbadener Abkommen

Berlin, 18. Juli. Von zehnjähriger Stelle wird mitge- teilt: Das Wiesbadener Hauptabkommen vom 8. Oktober 1921 und das Kuppel- und Silber-Abkommen vom 15. März und 3. Juni 1922 werden nach einem Uebereinkommen der französischen und der deutschen Regierung am 20. Juli in Kraft treten. Vom 20. Juli an gilt deshalb für Reparationslieferungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Entente-Bewilligungs-Abkommens vom 3. Juli. Ausge- nommen vom freien Verkehr sind gewisse, in einer besonderen Liste aufgeführte Waren, für die das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit der Durchführung des letzteren wurde der Reichskommissar für Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt. Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekannt- machungen erlassen, die im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Ausklang

Drei Wochen nach dem Begräbnis Walter Rathenaus, am 18. Juli, beschloß der Reichstag mit der notwendigen verfassungsmäßigen Mehrheit die Gesetze zum Schutze der Republik. Ehe er in seine Beratung eintrat, kam die Nachricht, daß sich die beiden Mörder, Fischer und Kern, auf der Flucht rettungslos geflüchtet, der gerichtlichen Sühne durch Selbstmord entzogen hätten. Der Dritte im Bunde, der junge Tschow, sitzt im Gefängnis und harret der Verurteilung. Eine große Anzahl weiterer Personen aus sogenannten politischen Kreisen, die an der Vorbereitung des Komplotts beteiligt waren, befindet sich gleichfalls in Haft. Die Fäden der Verschwörung sind aufgedeckt. Und damit ist auch das Rätsel gelöst, wie es so diesen Mördern aus rechtsradikalen Kreisen bisher gelungen war, sich in Sicherheit zu bringen. Ueber das ganze Deutsche Reich erstreckten sich die sicheren Verbindungen dieser Mordgeheulen. Ueberall gab es Woh- nungen von Freunden, Gutshöfen, Fabrikantenbullen, in denen sie Zuflucht fanden. Geld, Waffen, Autos, falsche Pässe, all das stand im Ueberflusse bereit. Eine Sicherheit dafür, daß keine Akteure mehr vorkommen werden, ist nicht vorhanden, aber das drückende Gefühl, daß alle solche Missetaten un- gesühnt bleiben, ist von der Bevölkerung genommen. Es gibt in Deutschland Behörden, die ihre Pflicht und Schutzwirkung tun, und gerade zur Aufdeckung des an Rathenau begangenen Mordes in ein Maß von Pflichttreue aufge- wendet worden, das volle Anerkennung ver- dient. Damit ist zweifellos etwas Erhebliches zur Ent- spannung der politischen Lage beigetragen.

Die Gefahr zum Schutze der Republik gegen die Mörder- Organisationen, gegen Geheimverschwörungen, gegen Schändung und Verächtlichmachung der republikanischen Staatsordnung, das neue Disziplinargesetz für Beamte, das Reichsstrafvollstreckungsgesetz sind angenommen. Gleichfalls angenommen ist ein Amnestiegesetz, das vielen Arbeitern, die als Opfer kommunistischer Zerkleinerung in den Gefängnissen schmachten, ihre Freiheit wiedergibt. Man kann also ehr- licherweise nicht sagen, daß aus der Ermordung Rathenaus seine Lehren gezogen worden sind und daß alles beim alten bleibt.

Auf der andern Seite ist ohne weiteres zuzugeben, daß das Erreichte hinter unsern Wünschen zurückbleibt. In den Schutzgesetzen wäre an manchen Stellen ein schärferer Zu- fassen möglich gewesen. Im Amnestiegesetz be- stimmten wir die Befreiung der politischen Gefangenen in Roborn. Vor allem aber bleibt uns bei ehrlicher Selbstkritik unsrer Arbeit und unsrer Erfolge ein drückender Punkt: Es ist zunächst noch nicht gelungen, die von uns dringend ge- forderte Erweiterung der Regierung nach links, den Eintritt der Unabhängigen in sie, durchzuführen. Die Sozia- listengruppe der bürgerlichen Koalitionsparteien hat über die politischen Erwägungen der Sozialdemokratischen Partei diesmal noch gestimmt. Durch heimliche und klägliche taktische Querzüge ist es gelungen, den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zunächst noch zu verhindern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war sich dessen bewußt, daß nicht ohne ihr Verschulden die Benach- teiligung der Unabhängigen in eine mißliche Lage ge- raten war und daß sie ihr dafür Verantwortung schuldet. Hätten die Unabhängigen gewünscht, daß der existierende Streit durch eine Reichstagsauflösung geschlichtet werde, dann hätten die Sozialdemokraten ohne weiteres Solidarität ge- zeigt und mit den Unabhängigen zusammen die Auflösung des Reichstages erwirkt. So lag die letzte Entschwei- dung bei den Unabhängigen. Diese erwiesen aber- mals klare politische Einsicht und harte Verantwortungs- gefühl, indem sie sich dahin entschieden, daß wegen einiger immer noch vorhandenen Mängel der Schutzgesetze und wegen der Weigerung der bürgerlichen Koalitionsparteien, sie in die Regierung aufzunehmen, ein das ganze Deutsche Reich schwer erschütternder Wahlkampf nicht eröffnet werden dürfe. Das Verhalten der Unabhängigen in den letzten Monaten, besonders aber seit der Ermordung

Rathenaus hat gezeigt, wie klüßig die Grenzen zwischen ihnen und uns geworden sind. Das ist unendlich mehr wert als alles, was dieser oder jener an den positiven Erfolgen der letzten Kämpfe mit Recht oder Unrecht vermissen mag.

Frauen- und Kinderhandel

Deutschland im Völkerverbund

London, 18. Juli. Der Völkerverbund, der gestern in Lon- don zusammentrat, nahm unter dem Vorsitz des spanischen Bot- schafters in Paris Quinones de Leoa seine Beratungen auf. Der Bericht des Ausschusses für die Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels wurde mit allen Empfehlungen des Aus- schusses angenommen. Es wurde beschlossen, die Regierungen Deutschlands und Amerikas aufzufordern, Delegierte in den beratenden Ausschuss zu entsenden. Biviani fragte, aus welchem Grunde der Vorschlag der Beteiligung des deutschen Vertreters gemacht worden sei. Der Vorsitzende des beratenden Ausschusses legte dar, daß viele Frauen von deutschen und holländischen Häfen kom- men und daß Holland deshalb die Zustellung des deutschen Ver- treters vorgeschlagen habe. Die Verhandlungen werden größtenteils nicht öffentlich.

Die Reaktion in der Reichspost

Die Reichspost sabotiert die Verfolgung der Rathenau- Mörder!

Als der Fabrikant Küchenmeister in Freiberg i. Sa., der Eigentümer des Nordautomobil, verhaftet werden sollte, war er befallentlich nach Tirof geflohen. Wie sich herausstellte, hatte man ihn telefonisch von Berlin aus ge- wannert. Die Berliner Kriminalpolizei wandte sich, um dem Fernsprecher auf die Spur zu kommen, an das zuständige Fern- sprechamt mit der Bitte um Mitteilung der Anrufnummern, von der aus das Gespräch mit Küchenmeister geführt worden ist. Jeder vernünftige Mensch wird es für selbstverständlich gehalten haben, wenn in diesem Fall antwortlos die Auskunft erteilt worden wäre, jedoch die Post, oder vielmehr die Herren höheren Beamten, in deren Händen die Leitung der Post liegt, haben an der Ergreifung der Mörder Rathenaus kein Inter- esse, und so verweigerten sie die gewünschte Auskunft und wiesen die Polizei an die Oberpostdirektion. Das diese mehr Verständnis für Erfordernisse des Tages und den Schutz der Republik haben würde, war nach ihrer ganzen bisherigen Einstellung von vornherein nicht anzunehmen. Selbstverständlich lehnte sie es ab, das Fernsprechamt zur Auskunfterteilung zu veranlassen. Ohne auf die dringenden Vorstellungen der Polizei irgendeine zu reagieren, verlangte sie zuerst eine den Bestimmungen entsprechende Beklag- namensverfügung des Richters oder des Staatsanwalts. Mit einer nachträglichen Beibringung der Verfügung erklärte sie sich nicht einverstanden. Als die Verfügung endlich herbei- geschafft war, wurde sie „im Wege des Schriftwechsels“ an das Fernsprechamt zur „Befügung“ des betreffenden Ge- sprächsetzels geleitet. Diese Zettel waren aber inzwischen der Rechnungsstelle überhandt worden, so daß das Schreiben, selbstverständlich immer mit der bekannten postalischen Ge- schwindigkeit, dorthin nachgeschickt werden mußte. Natürlich ging dadurch kostbare Tage verloren und der Fingerzeig, der sonst für die Entdeckung und Ausschöpfung der Mörder- organisation von unendlichem Wert gewesen wäre, wurde wertlos. Es soll ja schon vorgekommen sein, daß in den kaiserlich-republikanischen Behörden für bestimmte Fälle Schriftstücke und Belege rechtzeitig verloren gehen.

Zugegeben, daß die Postbehörde formell im Recht ge- wesen ist, wird dies Verhalten im Volk nicht verstanden werden. Wir kennen ähnlich liegende aber weit weniger wichtige Fälle, in denen die Post (als formale Bedenker ohne jegern zurückgestellt hat und wissen, daß deutsche nationale Beamte und Beamtinnen sich bei der Ver- folgung der Kommunisten feinerzeit vor Ueberretter fast überflügen. Es kann gar keinem

Zweifel unterliegen, daß die Beteiligten höheren Be- amten als „verfassungsmäßige Republikaner“ es hier auf eine glatte Sabotage der Verfolgung der Mörder Rathenaus abgesehen hatten. Wozu trägt man sonst auch Galanterie demonstrierend in den Diensträumen der Fernsprechämter (pa- gieren! Verflänglich aber wird der fast unglückliche Vorgang nur, wenn man sich die Leitung der Postverwaltung und ihre Personalpolitik ansieht.

Das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik gibt der Regierung das Recht, Leiter von Reichs- behörden und ihre Stellvertreter zur Festigung der republi- kanischen Staatsform jederzeit aus dem Amt zu entfernen. Wir erwarten, daß die Regierung auch innerhalb der Post- verwaltung, zu deren Aufgaben der Schutz der Republik eben- falls gehört, ausgiebigen Gebrauch machen und in Berlin be- ginnen wird.

Rachne verhaftet

Unter dem Verdacht des Totschlages

Der Schlossbesitzer Karl von Rachne ist auf seinem Schlosse Pörow am Schivelotzer auf Veranlassung der Pots- damer Staatsanwaltschaft verhaftet und in das Pots- damer Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Die Verhaftung erfolgte auf Grund der Aussage des 21 Jahre alten Bauhandwerkers Kurt Keschel aus Glinow, die den Herrn von Rachne beschuldigt, im Mai 1921 Keschels Freund Otto Larje beim Sterben ertappt und nieder- geschossen zu haben.

Gestern vormittag fand im Beisein von Vertretern der Staatsanwaltschaft, der Berliner Kriminalpolizei, des Ob- richters Larje, des Zeugen Keschel und des verdächtigen Karl von Rachne ein Lokaltersmin statt. Die Aussagen des Keschel wurden hier an Ort und Stelle mit besonderer Sorg- falt nachgeprüft. Als sich zahlreiche Widersprüche in den Angaben des Herrn von Rachne bemerkbar machten, wurde er zunächst nach Hause entlassen, gestern abend jedoch von Beamten der Potsdamer Kriminalpolizei aus seinem Schlosse abgeholt, und als Verhafteter in das Potsdamer Unter- suchungsgefängnis eingeliefert. Am Nachmittag war ihm be- reits offiziell die Mitteilung zugekommen, daß gegen ihn die Voruntersuchung wegen Totschlages eingeleitet worden wäre.

Die Präsidentenwahl

Reichspräsident Ebert hat bereits mehrfach den Reichs- tagler ersucht, zuletzt von Freudenstadt aus, die Wahl des Reichspräsidenten bald einzuleiten. Nachdem nunmehr der heulig bleibende Teil Oberschlesiens abgetrennt und geräumt ist, hat der Reichspräsident abermals den Reichstagler ersucht, Anträge dessen fand eine Besprechung des Reichstagslers mit den Parteiführern statt. Einmütig wurde von den Vertretern sämtlicher Parteien die Auffassung vertreten, daß es nicht zweckmäßig sei, den Wahltag nach vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen, daß dagegen die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach seinem Wiederzusammentritt im Oktober vorgenommen werden soll. Dementsprechend ist an- genommen, daß die Wahl wahrscheinlich im Dezember oder Januar erfolgt.

Neue Waffenfunde

Wie das Berliner Tageblatt aus Weimar meldet, wurden in Weimar, Kreis Eisenach, von der Kriminalpolizei Waffen- bestände beschlagnahmt, die von Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens versteckt gehalten worden waren. Die Waffen, 3 Maschinen- gewehre, 1 Minenwerfer, 4 Lanzenwerfer, 6 Maschinenpistolen, 6 Infanteriegewehre und etwa 10 000 Schuß Munition, waren teil- weise im Kirchturn des Ortes versteckt, teilweise im Walde ver- graben. Im Zusammenhang mit den Waffenfunden wurden mehrere Angehörige des Ordens verhaftet.

Nach international

Wie wenig berechtigt gerade die Deutschnationalen sind, sich „deutsch“ und „national“ zu nennen, das erweist man nie klarer, als wenn man diese Gesellschaft mit den Nationalisten in andern Ländern vergleicht. Es ist überall der gleiche Auf- gebau, nur etwas anders gefärbt.

Ueberall das gleiche Bild. Ueberall auch die gleichen bösen Folgen für das betreffende Volk, das diesen bösen Aufgebau bedenken soll. In ihrem Denken, in ihren Reden, in ihrem Handeln, in Deutschland, in Frankreich, in Ungarn, im zaristischen Rußland - stets spiegelt sich die gleiche schosle Gefinnung, Heuchelei und Niedertracht wider, die vor nichts, weder vor Gewalttat noch Mord, zurückschreckt.

„Meine Herren, Sie rufen Tag für Tag Ihre Anhänger- schaft auf, mich zu ermorden. Die häßlichsten Taten werden bei Schaulen ins Bild, doch meine Mörder eine patriotische Pflicht erfüllen. Jedes ihrer Worte, jedes ihrer Betätigungsbilder dient nur diesem einen Ziel, mich durch Mordhandeln vom Schauplatz zu entfernen!“

Su tref Jaurès wenige Wochen vor seiner Ermor- dung den Nationalisten in der französischen Kammer zu.

Dieselben Worte hätte auch ein Rathenau, könnte heute noch Scheibemann oder Birch den deutschen Nationalisten zurufen. In der Tat besteht nicht der geringste Unterschied zwischen den Nationalisten rechts und links des Rheins. Die Ermordung Rathenaus ist das getreue Gegenbild zu der Erschießung Jaurès'. Beide Männer wurden beseitigt, weil sie den Kriegshelden und Chauvinisten im Wege waren. Der eine durch seine Friedensliebe, der andre durch seine Ge- fahrlosigkeit. Und wie bisher alle Mörder und Attentäter gegen die deutsche Republik und ihre Führer freigesprochen oder mit lächerlich geringen Strafen bestraft wurden, so wurde auch der Mörder Jaurès' freigesprochen, und seine Hintermänner blieben genau so unbestraft, wie die deutsch- nationalistischen Hintermänner, wie die Lubendorff und Helfferich, bisher von jedem Zugriff unsrer wunderbaren Justiz berührt blieben.

Mit der gleichen Treuherrigkeit beschern Poincaré und Wilhelm Hohenzollern nach wie vor, daß sie unschuldig sind am Ausbruch des Weltkrieges. Dabei äußerte selbst Clemenceau bereits 1912, als Poincaré sein erstes Mi- nisterium übernahm: „Poincaré, das bedeutet den Krieg“ (Poincaré - c'est la guerre!) und Cail- laux schildert in seinem Buch „Meine Gefangenenschaft“ im Mai 1914 Rouis, der schätere französische Gesandte in

Weitersburg, ihn hat, die bevorstehende Reise Poincarés zum Sarenhof zu verhindern, und ihn vor dem Unheil warnte, das ein Besuch Poincarés in Rußland zur Folge haben würde. Alle Fälschungen des französischen Gelbbuches, alle Ablen- gungen Poincarés, daß die ihn belästigenden Dokumente über- haupt nicht existierten, können seine Kriegsschuld nicht aus- löschen. Genauso wenig wie alle Verprechungen Wilhelm's nicht seine Leichtfertigkeit und seinen verhängnisvollen An- teil an der Entfesselung des Weltkrieges aus der Welt schaf- fen. Und wenn Clemenceau 1904 sagt: „Es ist Zeit, daß der Krieg kommt, um in Frankreich den erstordernen Sinn für das Ideale wieder zu erwecken“, so könnte das auch - mit den gleichen Worten, nur auf Deutschland abgedeutert - Hebenstow oder ein anderer in der Deutschen Tageszeitung geschrieben haben.

Hüten und drüben wird heute wie je alles, was aus dem Munde des Gegners kommt, schlanke als es erkundet und erlogen bezeichnet. Ausgenommen kann, wenn man die „feindlichen“ Äußerungen für seine eigene Parteitagstation gebrauchen kann. Dann werden die Äußerungen auf einmal lautere Wahrheit.

Als bei den letzten heftigen Debatten in der französischen Deputiertenkammer der Kommunist Vallant rief: „Ich stütze mich auf die Aufzeichnungen des französischen Volkshäufers in Petersburg“, erwiderte kein geringerer als der frühere Ministerpräsident Viviani: „Aber ich, ich stütze mich auf das Wortwort des Herrn von Jaurès im deutschen Reichsbuch.“

Genauso so stützte sich Hindenburg auf das Zeugnis eines - englischen Generals, als er die Rede vom Dolchstoß gegen das deutsche Volk schlug. Der französi- sche General de Guignat schrieb vor kurzem im „Journal des Débats“:

„Die Deutschen bewahrten ihre moralische Kraft vier Jahre und erließen sich zum Schluß ihren Soldaten den Glauben an den Sieg. Es war das Realis, es war die Ration und die Mission, die zuerst schufen, und die den Verfall der moralischen Kraft und den Zusammenbruch der deutschen Arme: nach sich zogen.“

Wollte Hindenburg auch einmal diese Stimmung und reinigt damit das deutsche Volk von der Verleumdung, seine Pflicht nicht bis zum letzten Augenblick getan zu haben, und sich selbst von der Schuld, die er auf sich lud, als er diese Verleumdung gegen sein eigenes Volk erhob.

Hungerstreik der Sozialrevolutionäre

Als Protest gegen den Beschluß des Reichstages, der die Angeklagten der ersten Gruppe zusammenkünfte mit dem Verbot, traten die Angeklagten am 11. Juli in einen Hungerstreik, der schon den dritten Tag dauert. In der Sitzung am 7. Juli erklärte Timofejew auf die Frage, ob die Sozialrevolutionäre noch jetzt die Idee des gewalttätigen Sturzes der Sowjet Herrschaft vertreten: „Auf den Leiden der 15 Millionen vor Hunger Sterbender, auf den Weinen des kochendsten Proletariats, führen die Sozialrevolutionäre keinen Kampf mit den Waffen. Die Bolschewisten sind schon gefürzt und sie werden die Staatsmacht vor dem Druck von unten abtreten müssen.“

Gegen Moskauer Todesurteile

An die Regierung der russischen Sowjetrepublik ist gestern ein Telegramm abgegangen, das folgende Forderungen enthält:

Gegen alle Todesurteile erheben wir aus menschlichen, politischen und sozialistischen Gründen scharfen Protest. Wir verlangen Schutz für das Leben der angeklagten Sozialisten-Revolutionäre.

Reichstagsfraktionen der S. P. D. und U. S. P. D. aus Weisk. Kripien.

Das Urteil des Revolutionärtribunals ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Die Auslandsdelegation der russischen Sozialisten-Revolutionäre sandte vor einigen Tagen an Wladimir Lenin ein Telegramm, wonach nach den jüngsten Nachrichten mindestens zwei Todesurteile als sicher zu erwarten seien, nämlich gegen Gaj und Donsoj.

Die Reform des Ehescheidungsrechts

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstags ein Initiativgesetz zur Reform der Ehescheidungsparagraphen des bürgerlichen Gesetzbuches eingebracht. Sie beantragt, den Paragraphen 1512 zu fassen, der folgenden Wortlaut hat:

„Eine Ehe darf nicht geschieden werden zwischen einem Ehemann und seiner Ehefrau, wenn die Ehe durch einen anderen geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit dem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, wenn dieser Ehebruch in dem Ehescheidungsartikel als Grund der Scheidung feststeht.“

Für den Paragraphen 1568 wird folgende Fassung vorgeschlagen:

„Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefe Verletzung der ehelichen Verbindlichkeit besteht, daß keine begründete Aussicht auf Besserung der ehelichen Gemeinschaft vorhanden ist. Diese Voraussetzung liegt ohne weiteres vor, wenn beide Ehegatten auf Scheidung antragen.“

Dr. Grilles Erklärung

In unserer gestrigen Nummer brachten wir einen Artikel mit der Überschrift: „In Dresden wurden die Fäden gesponnen“ und legten darin die Gründe dar, die zur Ausschließung der Dresdner Polizeipräsidenten geführt haben. Herr Dr. Grille bezeichnet in einer Zuschrift an den Anzeiger unsere Angaben als falsch und sagt in dieser Erklärung unter anderem:

„Weiter behauptet die Volkzeitung, ich hätte die wichtigsten und bedeutendsten Verträge über die Zusammenfassung der Dresdner Polizei mit der Reichspolizei, die von der Reichspolizei und dem Reichsminister für Innere Angelegenheiten abgeschlossen worden sind, nicht veröffentlicht. Ich habe diese Verträge nicht veröffentlicht, weil sie für die Öffentlichkeit von keinem Interesse sind.“

Leben * Wissen * Kunst

Ja früher ...!

Das ein Kriminalromanmeister einen sah wie den Leib, weil er beim Verfertigen von „Hoch der Kaiser“ — liegen blieb; daß die Schatzkammer ihn packte, bis den armen Kerl bestrafte, dann ein hohes Amtsgewicht — Unter dem Kaiser war das nicht.

Daß der Landrat den Ranghöchsten aber schleunigst demontiert, weil er bei den Sozialisten eine Zeitung abonniert; daß man ihn dann rausgeschmissen und um die Pension belächelt, wie den schlimmsten Bösewicht — Unter dem Kaiser war das nicht.

Heute, was sind das für Zeiten —! Sieh mal bloß die Politik; Schuld an allen Schicksalsschlägen ist doch nur die Hop-Milch.

Wenn die Kurze unten liegen, wenn die Mädchen Kinder kriegen, wenn ein junges Weib sich krammt, wenn sich Feigheit in die Hof-modie gibt es irgendwas Tummel; Nur die Republik hat Schuld.

Wie es früher mal gemeint, kriegt der nirgendwo zu lesen, und der ganze Laden lacht: „Unter dem Kaiser gab's das nicht!“

Theobald Tiger.

Rechner Kalender

Theater am 20. Juli. Opernhaus: Geflohen. — Schauspielhaus: Gelächter. — Residenztheater: Der Waise. — Central-Theater: Die Fledermaus.

nationalen Oberbefehl ausgegangen. Diese Angelegenheit ist von mir alsbald an den zuständigen Reichskommissar für Reichsangelegenheiten in Berlin zur weiteren Entschliebung und Befolgung abgegeben worden, da es sich um eine rein politische Angelegenheit handelt. Da diese Angelegenheit auf gleichzeitige Verbotene Selbstschutzorganisationen in Sachsen hinweist, ist von den auf Sachsen bezüglichen Teilen der Angelegenheit abgesehen und diese dem Ministerium nach den üblichen eingehenden Erörterungen vorgelegt worden. Von „Plänen der Widerorganisation“ enthält die Angelegenheit nichts. Soweit die Fäden des Reichsministeriums nach Sachsen führen, ist im Zusammenwirken mit der Berliner Polizei vom Polizeipräsidenten Dresden sofort alles, aber auch alles, zur Befolgung und Aufhebung getan worden.

Aus dem Ministerium des Innern wird uns zu dieser Sache mitgeteilt, daß Polizeipräsident Grille im März 1922 einen Bericht über die Vernehmung eines wegen Spionage Verdächtigen nicht an den Minister, sondern an den Sicherheitskommissar für das Reich abgegeben hat, dem Minister aber nur ein Bruchstück des Berichts, der sich auf Sachsen bezog, übergeben hat. In dem an den Reichsminister abgegebenen Bericht waren eingehende Mitteilungen über die Selbstschutzorganisation im Reich und deren weitere Umgestaltung im Anschluß an den obersteilischen Schutz gemacht worden. Der Minister hat diesen Bericht für so wesentlich gehalten, daß er in der Vorenthaltung dieses Berichts eine Verletzung der Dienstpflicht gesehen hat. Deshalb erfolgte die Amtsenthebung des Polizeipräsidenten.

Wie wir ferner aus der Zuschrift des Ministeriums erfahren, ist der Polizeipräsident der irrigen Ansicht, daß wir ihm eine Begünstigung der Reichsminister während der letzten Wochen vorgebracht hätten. Dabei kann jedoch keine Rede sein. Was wir als Begünstigung der Reichsminister, aus deren Mitteilungen sich auch die Organisation O rekrutiert, ansehen, ist folgendes:

Gäbe der Polizeipräsident seinerzeit, als der Minister den Kampf gegen die Selbstschutzorganisationen aufgenommen hatte, diesen Bericht seinem Minister, wozu er als sachlicher Beamter verpflichtet war, vorgelegt, so wäre die Regierung zweifellos ganz anders als bisher in der Lage gewesen, Maßnahmen gegen diese Organisation zu ergreifen. Dadurch, daß dem Minister diese Dinge vorenthalten wurden, wurden also indirekt ganz klar ersichtlich die vom Minister beauftragten Organisationen begünstigt.

Herr Dr. Grille bezeichnet unsere Angaben als „unerbörte Verleumdungen“. Als Jurist muß er wissen, daß das heißt, wir hätten die Vorwürfe gegen ihn wider besseres Wissen erhoben. Wir vermahnen uns entschieden gegen diese — müde ausgedrückt — Wahlfügigkeit von Anwürfen.

Kleine politische Nachrichten

Zu Hilfe, Herr Staatsanwalt!

Die Korrespondenz der deutschen Reichspolizei veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der deutschen Reichspolizeifraktion Fergt und dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin, der sich auf die Vorgänge der Reichspolizeifraktion am Tage der Ermordung Dr. Rathenau bezieht. Der Vorsitzende der deutschen Reichspolizeifraktion beantragte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die unabhängigen und kommunistischen Abgeordneten, die sich mit dem Rufe „Der Mörder muß raus“ aus dem Saal drängen wollten, wenn gegen § 106 des Strafgesetzbuches (gemaltes Entzweigen von Mitgliedern aus geschiedenen Verfassungen des Reiches) und benannt als Täter die Abgeordneten Hülsen, Kemmer, Dr. Hofes, Koenen, Fröhlich und Jubeil. Da der Generalstaatsanwalt wegen der Immunität der Abgeordneten die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ablehnte, richtete Dr. Fergt an die Staatsanwaltschaft das ausdrückliche Ersuchen, beim Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung der genannten Abgeordneten einzuholen.

Jagow fährt zum Diner

Aus angeblich zuverlässiger Quelle erfährt die Volks-Zeitung: Der deutsche Reichspolizeipräsident Jagow, der sich am 18. Juli in Berlin befindet, wird am 19. Juli in Potsdam ein Diner geben. Jagow wird am 19. Juli in Potsdam ein Diner geben, wobei er den abligen Hochverräter persönlich in seiner Aufsicht abholt.

Es wäre ein ungeheurer Skandal, wenn Herr v. Jagow das alte Freiheitsdenkmal während der Fahrt von Potsdam nach Berlin in der Nähe der Reichspolizei verurteilen, wie Toller, Wilmann, auch nicht die geringste Verurteilung gewährt.

Der Bund „Neues Vaterland“ richtet gegen den Prozeß der Sozialisten-Revolutionäre in Weiskau einen Protest. Der Text des Protestes, den im Namen der Reichspolizeifraktion Professor

Albert-Theater-Oper (Residenztheater Schauspielhaus). Morgen Donnerstag abend wird die Oper: Rauner und Scholler mit Hans Gröhl vom neuen Theater Leipzig und Erich Zimmermann vom Landestheater Braunschweig als Gästen gegeben.

Die für die deutsch-spanische Woche veranstaltete Ausstellung der Sächsischen Landesbibliothek (Japanisches Palais) ist für jedermann im Laufe dieser Woche von 4 bis 6 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Führungs durch die Skulpturensammlung am Seiten des Reichs-Gemäldehauses für die Stadt Dresden. In der Donnerstag, nachmittags von 3 bis 4 Uhr, stattfindenden Führung in der Skulpturensammlung wird Herr Direktor Professor Dr. Herrmann über die Kunst im alten Rom sprechen.

Das Zimmer der Redaktionen in der Sächsischen Landesbibliothek und die Japans-Ausstellung werden künftig an jedem Mittwoch, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, geöffnet sein, nicht wie bisher von 11 bis 1 Uhr.

Das Landesmuseum für Sächsische Volkskunst, Dresden-R., Alterstraße 1 (beim Circus), ladet in dem großen Saal alle die zum Besuche ein, die eine kostspielige Reise nicht unternehmen können. Hier werden sie die sächsischen Heimat und das Schaffen des sächsischen Volkes kennen lernen. Eine Anzahl Ankäufe und Geschenke haben im letzten Teil die Sammlung bereichert. Erwähnt sei noch, daß, wie im vorigen Jahr, alle die, die einen Blumenstrauß mitbringen, freien Eintritt erhalten, dienen doch die Blumen dazu, den Rufenden zu verschönern. Es ist nachmittags von 3 bis 4 Uhr, Mittwoch und Donnerstag auch noch von 4 bis 6 Uhr und Samstag von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Bereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Gruppe Friedrichstraße. Donnerstag den 20. Juli im Volkshaus, Zimmer 5: Vortrag über Erziehung zum Sozialismus-Gesetz Adam.

Gruppe Brühl. Freitag den 21. Juli findet im Volkshaus zum letzten Mal (Jugendbesuch) Vorträge über die Unterhaltungs-abend statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Audienz bei der Oberlandrat (Sausche, Hofrat) Döbeln, Rottmar, Heidehof). Die Teilnehmer treffen sich am Donnerstag den 20. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuppelhalle (Blumenhof), Hauptbahnhof. Dort werden auch noch Ermittelungen entgegengenommen.

Saale (Kuppelhalle). Sonnabend den 22. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Vortrag über die Bedeutung der Arbeiterjugend in der Gegenwart. — Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Fragen auf der Tagesordnung, die das persönliche Schicksal der Arbeiterjugend betreffen, sind zu klären.

Finkeln, Herr v. Gerlach und Graf Reiter an Herrn Reichsminister des Innern in Berlin übermitteln haben mit dem Reichspolizeipräsidenten in Potsdam international gesammeltes Unterzeichnetes Telegramm an den Reichsminister des Innern in Potsdam, in folgender Weise: Die Unterzeichneten sind tief erschrocken von den Umständen, unter denen sich der Prozeß der Sozialisten-Revolutionäre vollzieht. Sie fürchten ein unüberprüfbares Urteil und richterlich beschleunigten Verfahren und der allgemeinen Verurteilung einen dringenden Appell an die Reichsregierung, um sie zu bitten, sich jedweder Maßnahme zu enthalten, die von der öffentlichen Welt als Beeinträchtigung eines Rechtsaktes angesehen werden könnte.

Die deutsche Arbeiterpartei richtet an sämtliche Mitglieder des Reichstages den Vorschlag, auf einer gemeinsamen Zusammenkunft über die Maßnahmen zur Verhinderung des Friedens zu beraten.

Vereinigte Staaten

Der Senat in Washington lehnte mit 88 gegen 28 Stimmen einen Antrag des Finanzkomitees ab, die Beschaffung von 200 Millionen Dollar auf ein Jahr nach Inkrafttreten des Zolltarifgesetzes auszuschließen. 14 Republikaner stimmten mit den Demokraten.

In Beantragung einer Anfrage erklärte der Staatssekretär Hughes: Obwohl die Regierung vom Kongreß an einer aktiven Beteiligung am Völkerbunde gehindert wurde, beschließt sie, die deutsche Politik der internationalen Mitarbeit am Völkerbunde und der Unterstützung des Völkerbundes weiterzuführen, um die Sache des Friedens zu fördern.

Aus aller Welt

Das Eisenbahnunglück in Rumänien

Bukarest, 18. Juli. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß der Eisenbahnunfall bei Sinaia dadurch verursacht worden ist, daß die Lokomotive über die Brücke unter der Last von zwei Lokomotiven eingestürzt ist. Die Brücke war im Jahre 1917 durch die deutsche Armee errichtet und seitdem nicht repariert worden. Zur Verhütung weiterer Unfälle wurden Maßnahmen getroffen. Der Eisenbahnverkehr zwischen Bukarest und Sinaia ist noch nicht wieder hergestellt. Die Eisenbahn Bukarest-Bien verkehrt über Hermannstadt und Urziceni.

Bestrafung eines Eisenbahnübersetzers. Beamte, die den Zug Nr. 206, der sich auf der Fahrt von Hannover nach Berlin befand, begleiteten, bemerkten einen Mann, der während der Fahrt sein Mittel verließ und auf den Gleisen entlang ging, um in andere Abteile plötzlich zu verschwinden. Sie fingen ihn noch und ertryppten ihn dabei, als er einem Frauen, das seit längerer Zeit die Handtasche mit Inhalt taubte. Nun wurde er gepackt und auf dem Bahnhof Spandau der Kriminalpolizei übergeben. Diese stellte ihn als den Bäckereibesitzer Vitalis Pflüß fest.

Verurteilung eines Verbrechens. Bei einer Granatschlagmattenterroraktion in einem Koffelbrennwerk in Berlin (Schönhaiderland) wurden zwölf Bergleute getötet und fünf verwundet.

Neueste Telegramme

Die Münchner Polizei vor Gericht

Eigene Drahtmeldung

München, 18. Juli. Der ehemalige Polizeipräsident Böhner war gestern vor dem Oberverwaltungsgerichtshof geladen worden, ohne daß der einstweilige Münchner Richter es für der Mühe wert gehalten hätte, vor Gericht zu erscheinen. Ein seit 23 Jahren in München ansässiger jüdischer Händler, der von Böhner auf Grund eines von ihm erhaltenen und antijüdischen russischen Strafbefehls ausgewiesen worden war, stellte Klage gegen Böhner. Der Anwalt des Klägers antwortete in fast juristisch ungenügender Weise auf die Klage und dem politischen Verfall der Münchner Polizei, das selbst bei den kaiserlichen Richtern Ansehen erregte. Er wies nach, daß die Ausweisung auf Grund entstellter und unwarmer Angaben erfolgt sei. Das Ministerium des Innern nahm Böhner selbstverständlich in Schutz. Die Entscheidung wird demnächst bekanntgegeben werden.

Wiesbacher Frechheiten

Eigene Drahtmeldung

München, 18. Juli. Der Wiesbacher Anzeiger scheint das Gesetz zum Schutze der Republik für sich herauszufordern zu wollen. Durch einen Artikel, in dem er den Reichspolizeipräsidenten als eine eitle und werbende Tat verkündet, die von der Reichspolizei anerkannt worden wäre, wenn die Wähler sich selbst dem Gericht gestellt hätten. Er macht sich lustig über die „lächerliche Behauptung, die Gesundheit und die Freiheit“, mit der sich die Reichspolizei herumbrüht, denen es sicher lieber gewesen wäre, wenn Rathenau bei einem Autounfall das Genick gebrochen hätte, wenn ihn der Schlag getroffen hätte. Die Reichspolizei auf dem Wiesbacher Hauptbahnhof vergleicht dieses Witz noch mehr mit einem „Wustlappen“. Dieser Artikel wird der Öffentlichkeit dafür sein, ob es der bayerischen Regierung, die bis jetzt auf Grund der Besetzung des Reichspräsidenten nur fünf, sechs und sieben Wähler hat, mit der Durchführung bei Gesetzes erst ist.

Ein Brot in Wien: 2170 Kronen

Wien, 18. Juli. Infolge der vermehrten Geldentwertung wird am Mittwoch den 19. Juli eine Preissteigerung auf 2170 Kronen ein. Eine weitere Verteuerung des Brotpreises steht bevor. Die übrigen Lebensmittel, wie Fett, Zucker und Mehl, verteuerten sich in der gleichen Weise.

Blutige Zusammenstöße in Westvirginien

Wash., 18. Juli. Nach der Chicago Tribune wurden bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Bergarbeitern in Westvirginien insgesamt 23 Personen getötet und mehr als 44 verletzt.

Der Dollar 489,38

	18. 7.	18. 7.	17. 7.	17. 7.	
	Geld	Grief	Geld	Grief	
Holland	100 Gulden	1828,6	1879,3	1708,0	1764,9
Dänemark	100 Kronen	10287,1	10312,9	9677,8	9703,15
Schweden	100 Kronen	12459,4	12460,6	11960,8	11719,6
Norwegen	100 Kronen	7690,—	8016,—	7300,00	7519,40
Schweden	100 fin. Mark	983,78	983,25	943,80	948,20
Schweden	100 Kronen	9108,45	9221,55	8783,05	8816,05
Österreich (Schilling)	100 Kronen	1,28	1,82	1,88	1,88
Ungarn	100 Kronen	1076,65	1079,35	1006,70	1009,90
Belgien	100 Kronen	88,90	88,80	86,90	88,80
Schweiz (Franken)	100 Kronen	8795,95	8847,75	8690,55	8689,45
Spanien	100 Kronen	7400,70	7419,80	7081,10	7108,90
Portugal	100 Kronen	2197,25	2202,75	2092,40	2097,90
Serbien	100 Kronen	2184,80	2180,20	2008,05	2015,05
Rumänien	100 Kronen	488,38	490,88	458,98	457,07
Frankreich	100 Kronen	8095,—	4008,—	8775,25	8784,75
Österreich (Kronen)	100 Kronen	—	—	181,65	182,10

Waffenstände der Ostbahn, Her, Eger und Elbe

	17.	18.	17.	18.
	Waffen	Waffen	Waffen	Waffen
Bayern	80	10	84	85
Preußen	72	88	18	28
Sachsen	10	10	38	54
Württemberg	18	18	48	48
Österreich	32	44	205	288

Österr. der Elbe in Dresden 16 Grad Celsius.

Birna. Donnerstag den 20. Juli 1922 (1922) von 7 bis 8 Uhr. Verkauf von Birnen...

Der Rat der Stadt Birna. Mittwoch den 14. August 1922. 12 Uhr mittags im Sitzungssaal des Rathhauses...

Zusammenfassung: 1. Beratung und Beschlußfassung über eine Erhebung des Grundbesitzes...

2. Veränderung des Gesellschaftsvertrages: Streichung von § 4 Absatz 2...

3. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

4. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

5. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

6. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

7. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

8. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

9. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

10. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

11. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

12. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

13. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

14. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

15. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

16. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

17. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

18. Abgabe von 300 Aktien: Eintragung des Abgaberechts...

S. P. D. 4. Unterbezirk
Sonntag den 23. Juli 1922, vormittags 8 1/2 Uhr
Flugblatt-Verbreitung.

Sie erlauben die Partei- und Gemeindefunktionen höflichst aber ebenbürtig, sich recht zahlreich und pünktlich zu dieser notwendigen Parteiarbeit in nachstehenden Lokalen einzufinden:

- Dresden-Neustadt:** Restaurant 'Der Adler'...
- Dresden-Altstadt:** Restaurant 'Der Adler'...
- Dresden-Neubau:** Restaurant 'Der Adler'...

Freitag abend (wo keine andre Regelung erfolgt) in den Gruppenlokalen Gruppenversammlungen und Flugblattverteilung

Bezirk Trachenberge. Sonntag: Wanderausflug mit 7 Uhr am Bahnhof...

Gruppe Klossche. Donnerstag, 8 Uhr, in der alten Schule...

Bezirk Kößgenbroda. Sonntag, 8 Uhr, in der Kaiser-Veranstaltung...

Bezirk Bilsnig. Sonntag, 8 Uhr, im Gasthof 'Goldschmied'...

SARRASANI
Täglich 8 Uhr, Vorverk. am Markt...
Ring-Kämpfe
Internationaler Weltausstellung...

Volkswohl-Saal
Sende und folgende Tage:
Junghähnel humor. Sänger...

Tymians Thalia-Theater
Dresdene Deutsches Theater
Alles neu: Tymians Originals...

Prießnitzbad, am Hauptplatz
Jeden Donnerstag, 7 1/2 Uhr
Großes Abend-Konzert...

Volkswohl-Saal
Täglich 7 1/2 Uhr abends
Oscar Junghähnel Sänger!

Hexe & Schüb
elektro-galv. Schwachstrom-Apparate
des Wohlmuth-Apparate...

Schmelzer
Ausflug, Verkauf Zigaretten...

Spülapparat
Spülkannen, Schüsselchen, Unterlag...

Frau Heusinger
Schneiderei, näht d. neuesten...

Zeitungsbestellungen u. Anzeigen
für die Dresdner Volkszeitung...

Jahresschau Deutscher Arbeit, Dresden
Mittwoch den 19. Juli 1922
abends 7 1/2 Uhr
Elite-Konzert
des gesamten Philharmonisch. Orchesters.

Trinkt deutsche Erzeugnisse!
Dresdner Felsenteller
Pilsner.
ES IST DAS BESTE

Regina = Palast
Dresden - 22 Daisenhausstraße 22
Täglich 8 Uhr abends
Tanz und Cabaret
Attraktionen ersten Ranges

Jah bitte höflich!
besichtigen Sie mein Wollenslager,
zirka 300 Stück in gestrichen
Damen-, Badisch- und Kinder-Jadetts
und Sie sind mein dauernder Kunde.

Dreher, Fräser und Kleinmaschinenbauer
Ica, Aktiengesellschaft

Lüchtige Schlosser
Maschinenfabrik Dippoldiswalde

Tischler
auf photographische Staffeleien, die auf rollenden...

Maschinenfabrik Lehmann, Zeitzberger

Maschinenfabrik
für Sandanlage sowie Anlegerein

Arbeiterinnen
zum Binden, Frauenhaar, Wollentand...

Zuschneider
gleich Vorarbeiten für alle...

Wir empfehlen:
Liebstechts Volks-Fremdwörterbuch

Prunksaal Grüne Wiese
Täglich 8 Uhr abends
Tanz und Cabaret

Ball-Anzeiger
für Donnerstag den 20. Juli:

Drei-Kaiser-Hof
für Donnerstag den 20. Juli:

Hollacks Etablissement
Künstlerkapelle

Achtung! Vereine!
Schnell, großer Saal, handb. Zindengarten...

Reichenberg
Anzeige für die Volkshandlung...

Große Auswahl in Stoffen!
Für Herren! Für Damen!

Achtung, Händler!
Wieder einstellbar...

Strobenberge
Wohnungsgenossenschaft...

Rat
alle holländischen Stoffe...

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.

